

6. Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern (LJHA)

Protokoll

der 7. Sitzung des 6. LJHA am 28.02.2013

Ort: Kommunaler Sozialverband M-V
Am Grünen Tal 19
19063 Schwerin

Beginn: 09.30 Uhr

Ende: 14:00 Uhr

Leitung : Herr Heibrock, Vorsitzender

Protokoll: Frau Siegert, Landesjugendamt

Anwesenheit:

Die Anwesenheitsliste der 6. Sitzung wird als Anlage P1 dem Protokoll beigelegt.

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung der 7. Sitzung
3. Protokollkontrolle der 6. Sitzung
4. Schlussfolgerungen aus dem Abschlussbericht der Expertenkommission
Inklusive Bildung
5. Eckpunkte für ein Landeskinderschutzgesetz
6. Empfehlungen zur Umsetzung der §§ 8a und 72a SGB VIII zur Umsetzung des
BuKiSchG vom 01.01.2012
7. Interne Handlungsleitlinie zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach § 11
Abs. 6 KiföG M-V – Stand des Verfahrens
8. Beschluss von Arbeitsaufträgen für den Unterausschuss Kindertagesbetreu-
ung/Tagespflege sowie Anhörung zur Novellierung des KiföG M-V
9. Berichte
10. Sonstiges
-Tagesordnung/Themen der 8. Sitzung des 6. Landesjugendhilfeausschusses
M-V

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Heibrock begrüßt die Anwesenden.

Die Beschlussfähigkeit des 6. LJHA ist gegeben (mit 8 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern/Stellvertreter/innen).

TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Heibrock stellt die Tagesordnung vor, gibt bekannt, dass der TOP 5 auf Grund desurlaubes von Herrn Bley auf die nächste Sitzung vertagt wird.

Abstimmung: einstimmig beschlossen/bestätigt

TOP 3 Protokollkontrolle der 6. Sitzung LJHA

TOP 4 Novellierung KiföG M-V, BerichterstatteFr. Mönch-Kalina wird wie folgt be-richtigt:

1.

Die Landtagsanhörung findet am 25.01.2013 statt.

Die Anhörungsunterlagen wurden zu der Sitzung des Unterausschusses zu spät zur Verfügung gestellt.

2.

Folgende Vorgehensweise wird besprochen:

- Bildung einer Arbeitsgemeinschaft bzw. Untergruppe zur Erarbei-tung einer Stellungnahme
- *Unterausschuss 1 teilt allen Mitgliedern einen Termin zwecks Rückmeldung zur Teilnahme*
- die erarbeitete Stellungnahme soll an alle Mitglieder des LJHA zum elektronischen Abstimmungsverfahren versandt werden

TOP 8.5 Berichte der Mitglieder des 6. LJHA, Bericht von Hr. Dr. Haase wird wie folgt ergänzt:

Herr Dr. Haase berichtet über ein neues Abrechnungssystem im Krankenhaus. Ab jetzt soll nach Diagnose abgerechnet werden, früher erfolgte die Abrechnung nach Tagen. Dies sei insbesondere im Bereich Jugendhilfe als problematisch anzusehen, *da nach dem neuen Abrechnungssystem die Kinder nicht abschließend behandelt werden können und dennoch aus dem Krankenhaus entlassen werden müssen.*

Außerdem teilt Herr Heibrock mit, dass die Unterlagen zu „psychisch kranken Eltern“ nicht auffindbar sind, Diesbezüglich soll beim LAGuS nachgefragt werden.

Abstimmung: einstimmig bestätigt (inklusive Berichtigung)

TOP 4 **Schlussfolgerungen aus dem Abschlussbericht der Expertenkommission (EK) Inklusive Bildung (Frau Prof. Dr. Koch)**

Das Thema wird vorgestellt durch:

Frau Prof. Dr. Koch Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V

Frau Prof. Dr. Koch berichtet zum o.g. Thema, das als Powerpointpräsentation dargestellt wird (siehe Anlage P 2).

Die Mitglieder diskutieren und stellen diverse Fragen zum Bericht.

- Herr Schröder erkundigt sich, worauf sich die Förderstunden des Förderbedarfs beziehen. Fr. Prof. Dr. Koch erklärt, dass sich die Förderstunden auf Unterrichtsstunden beziehen

- Frau Topfstedt hat folgende Fragen:

1.

Bis wann rechnet die EK mit der Durchsetzung der integrativen Bildung? Dazu teilt Frau Prof. Dr. Koch mit, dass es bis zum, Jahr 2020 dauern könne.

2.

Wie ist die Besetzung der EK seitens der Jugendhilfeexperten zustande gekommen? Frau Prof. Dr. Koch bekundet, dass sich die Mitglieder der Begleitgruppe der EK selbst zu der Arbeit in der Begleitgruppe gemeldet haben.

- Frau Topfstedt weist darauf hin, dass im Bericht dargestellte Zahlen der Anträge von den diagnostischen Diensten nicht gerechtfertigt wären. Frau Prof. Dr. Koch erwidert, dass sich die Zahlen durch Nachforschungen in den Kindereinrichtungen ergeben haben.

Es folgt eine Diskussion über die Möglichkeiten des sonderpädagogischen Bedarfes in den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern.

Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina mahnt an, dass nicht jedes Kind inklusionsbedürftig wäre, das in der Schule nicht klarkäme. Der Ausdruck „Risikokinder“ darf ihrer Meinung nach nicht benutzt werden, auch der Begriff „die Flexibilität der Grundschule“ könnte man gleich als „sitzen bleiben“ verstehen. Außerdem fragt Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina nach, welche Rolle die Eltern bei der EK spielten. Frau Prof. Dr. Koch teilt mit, dass die Eltern ebenso bei der Begleitgruppe einbezogen wurden. Jeder, der sich gemeldet hatte, konnte teilnehmen. Sie betont, dass die EK transparent sei. Ansonsten erwidert Frau Prof. Dr. Koch, dass der Begriff „Risikokinder“ ein Fachbegriff wäre.

Frau Dellin merkt an, dass sie eine Defizitorientierung im Bereich des KiföG M-V sehe. Die Arbeitsgruppe Jugendamtsleiter werde entsprechende Stellungnahmen zu dem vorgestellten Papier der EK erarbeiten.

Frau Lehm war beratend in der EK tätig. Sie betont, dass ca. 47 Verbände teilnahmen darunter auch Eltern, aber die Vertreter Kinder- und Jugendhilfe definitiv gefehlt haben.

Frau Dellin teilt mit, dass der UA 2 bei der EK nicht angenommen worden sei, worauf Frau Prof. Dr. Koch meint, dass es eine politische Entscheidung gewesen ist.

Die Mitglieder sind sich einig, dass die Gleichsetzung der Begriffe Integration - Inklusion falsch wäre.

Abschließend teilt Frau Prof. Dr. Koch mit, dass die Anhörung des Berichts im Parlament stattfinden solle, da könnte man die Anregungen noch näher bringen.

Herr Heibrock nahm dies auf und würde die Zusammenarbeit mit dem UA 2 anregen.

TOP 5 Eckpunkte für ein Landeskinderschutzgesetz (Herr Bley)

Dieser Punkt fiel aus, da Herr Bley abwesend war.

TOP 6 Empfehlungen zur Umsetzung der §§ 8a und 72a SGB VIII zur Umsetzung des BuKiSchG vom 01.01.2012 (Herr Heibrock)

Herr Heibrock teilt mit, dass die Empfehlungen seitens des UA 3 aus unterschiedlichen Gründen nicht erarbeitet werden konnten.

Es wird angeregt, den ersten Teil der Beschlussvorlage E5 zu überarbeiten. Außerdem bittet Frau Topfstedt um Zusendung der überarbeiteten Empfehlungen im Korrekturmodus, dieselbe Bitte geht ebenso von Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina aus.

Der Vorsitzende gibt dem UA 1 „Kindertagesbetreuung/Tagespflege“ den Auftrag, die Empfehlungen zur Umsetzung des BKiSchG in der nächsten Sitzung zu thematisieren und eine Stellungnahme zu erarbeiten.

Es wurde beschlossen, diesen Punkt bei der nächsten Sitzung ebenso zu thematisieren.

TOP 7 Interne Handlungsleitlinie zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach § 11 Abs. 6 KiföG M-V – Stand des Verfahrens (Frau von Leesen)

Frau von Leesen berichtet über das Feedback des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V sowie den anderen Beteiligten, diese wurden in die Handlungsleitlinie eingearbeitet. Herr Rabe fügt hinzu, dass die vom Kommunalen Sozialverband ausgearbeitete interne Handlungsleitlinie in der nächsten Sitzung des UA 1 vorgestellt sowie thematisiert werden soll.

Frau Dellin weist auf die Geschäftsordnung des LJHA hin, Danach ist folgender Verfahrensweg einzuhalten: erst die Beteiligung des LJHA danach des Landesjugendamtes (LJA).

Es wird gleichzeitig seitens des LJA / Kommunalen Sozialverbandes in der Sitzung (wie oben beschrieben) beim LJHA ein Antrag gestellt, dieses Thema sowie das BE-Verfahren im UA 1 mit beraten zu dürfen.

Antrag einstimmig angenommen

TOP 8 **Beschluss von Arbeitsaufträgen für den UA Kindertagesbetreuung/Tagespflege sowie Anhörung zur Novellierung des KiföG M-V (Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina)**

Herr Heibrock berichtet über den Verfahrensweg der Empfehlung des LJHA zum KiföG M-V. Die schriftliche Bitte um Fristverlängerung wurde seitens des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales abgelehnt. Es wurde dennoch eine Empfehlung erarbeitet, diese wollte Herr Heibrock bis 24:00 Uhr am vorgegebenen Tag abgeben. Es konnte aber leider keine Empfehlung fristgemäß erarbeitet werden.

Zu der Beschlussvorlage E6 bestehen unterschiedliche Meinungen. Die Standards sollten besser von den kommunalen Verbänden erarbeitet werden und nicht von dem Ministerium. Herr Rabe äußert die Meinung, dieses Thema bei der Sitzung der Landesjugendamtsleiter zu thematisieren.

Frau Lehm betont diesbezüglich, dass dies ein rechtliches Problem sei, da die Zuständigkeit für § 45 SGB VIII beim Ministerium läge, also auch das BE-Verfahren, daher könnte nur das Land solche Standards entwerfen.

Die Beschlussvorlage E6 wird nicht beschlossen, sondern soll im UA 1 nochmals thematisiert werden.

Nach der Diskussion zu der Beschlussvorlage E7 kristallisierte sich folgendes Problem raus: die enormen Kosten zur tatsächlichen Umsetzung der Kind-Fachkraft-Relation sowie explodierende Elternbeiträge. Daher erfolgte folgender gemeinsamer Vorschlag der Mitglieder: keine Abstimmung zu der Beschlussvorlage sowie Signalisierung an die Öffentlichkeit seitens des LJHA mit der Bitte um strukturelle Änderungen. Hierzu soll eine Positionierung des LJHA folgen.

Ein gemeinsamer Vorschlag der Mitglieder: keine Abstimmung zu der Beschlussvorlage sowie Signalisierung an die Öffentlichkeit seitens des LJHA mit der Bitte um strukturelle Änderungen. Hierzu soll eine Positionierung des LJHA folgen.

Nach einer kleinen Erörterung des Problems zu der Beschlussvorlage E8 wurde diese einstimmig beschlossen.

TOP 9 **Berichte**

TOP 9.1 **Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales MV**

Herr Schröder berichtet über die Netzwerkkonferenz „Frühe Hilfen“ sowie die demnächst stattfindende Jugend-Familien-Konferenz. Außerdem gibt Herr Schröder seinen Abschied bekannt.

TOP 9.2 Bericht der Verwaltung des Landesjugendamtes

Herr Rabe weist darauf hin, dass es seitens des Landesjugendamtes die Berichte vierteljährlich erstattet werden können.

TOP 9.3 Berichte der Vorsitzenden der Unterausschüsse des 6. LJHA M-V

Herr Tschiesche berichtet über die letzte Sitzung des UA 4 mit sehr geringer Teilnahme (von 14 Mitgliedern waren nur 3 anwesend), die Sitzung ist aber trotzdem sehr konstruktiv verlaufen. In der nächsten Sitzung des LJHA wird eine Empfehlung zur Teilhabe sowie Beschwerdemanagement seitens des UA 4 vorgelegt.

TOP 9.4 Berichte der Mitglieder des 6. LJHA

Herr Heibroek informiert über eine Sozialausschusssitzung wo er über den LJHA berichtet hatte.

TOP 10 Sonstiges

Frau Hömke fragt nach, wo Informationen zu den Netzwerkkoordinatorentreffen zu finden seien. Herr Schröder teilt mit, dass die Teilnahme an dem Treffen, das in Raben Steinfeld stattfand, sehr breitgefächert war. Es seien von den Ärzten bis zu den Hebammen alle dort gewesen.

Für das Protokoll

Für die Richtigkeit

Ina Siegert
Landesjugendamt M-V

Friedhelm Heibroek
Vorsitzender des 6. LJHA

Anlagen

P 1 Teilnehmerliste

P 2 Beschlusskontrolle